

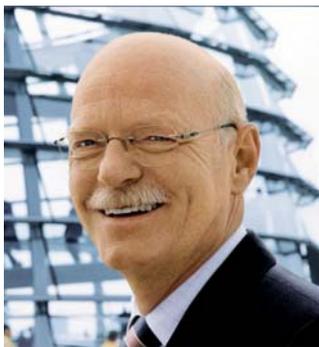
Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Der **Arbeitskreis Sicherheitspolitik & Bundeswehr der SPD in NRW** bietet seit mehr als 40 Jahren allen in den Streitkräften und der Bundeswehrverwaltung tätigen Soldaten, Beamten und Arbeitnehmern sowie den Reservisten der Bundeswehr, aber seit einigen Jahren auch den in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben tätigen Mitarbeitern sowie allen interessierten Bürgern die Möglichkeit, sich über außen- & sicherheitspolitische Themen im Sinne einer umfassenden Sicherheitspolitik aktuell zu informieren und im Dialog eigene Vorstellungen einzubringen. Dazu gibt der Arbeitskreis regelmäßig einen **Newsletter** mit Beiträgen zu sicherheitspolitischen Problemen & aktuellen Entwicklungen in den Streitkräften und in den Behörden & Organisationen mit Sicherheitsaufgaben heraus.

Inzwischen fast 11 Jahre ist die SPD in unserem Land



an der Regierung beteiligt. Mit der Entscheidung zum **Kosovo-Einsatz der Bundeswehr** begann unter sozialdemokratischer Führung die Neuorientierung und Neujustierung Deutschlands in der internationalen Politik. Zugleich wurde die

grundlegendste Reform der Bundeswehr in ihrer Geschichte eingeleitet; der Umfang der Bundeswehr wurde reduziert, die Streitkräfte neu strukturiert, der Transformationsprozess eingeleitet. Die Bundeswehr ist heute in 11 Ländern, auf drei Kontinenten im Einsatz, mehr als 260.000 Soldaten waren bislang im Ausland eingesetzt. **Peter Struck, Vorsitzender der Bundestagsfraktion** und **ehemaliger Verteidigungsminister** reflektiert in seinem *Beitrag „Von der Scheckbuchdiplomatie zur internationalen Verantwor-*

tung“ Eckpunkte & Notwendigkeit der sicherheitspolitischen Entscheidungen des letzten Jahrzehnts.

In weiteren Beiträgen steht die Lage in **Afghanistan** im Mittelpunkt. Wir müssen heute selbstkritisch feststellen; die Sicherheitslage hat sich verschlechtert, immer öfter stehen die Soldaten in Kampfeinsätzen. Doch wer die Zustimmung der Afghanen gewinnen will, muss erfolgreich beim Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen sein. Dazu gehört, dass die Menschen im Lande die Erfolge des Wiederaufbaus in einem gesicherten Umfeld erleben. Die gegenseitige Abhängigkeit von Wiederaufbauprozess & Sicherheit in Afghanistan wird deutlich durch die Formel: *„Keine Sicherheit ohne Wiederaufbau und Entwicklung - Kein Wiederaufbau und keine Entwicklung ohne Sicherheit.“*



Das haben die USA nun auch erkannt. Deshalb haben sie ihre Strategie in Afghanistan geändert und setzen neben einer Verstärkung der militärischen Kräfte insbesondere auf eine viel stärkere zivile Komponente des Wiederaufbaus.

In der medialen Darstellung der aktuellen Situation in Afghanistan dominiert weiterhin der militärische Einsatz, der zivile Wiederaufbau kommt zu kurz. Es stellt sich die Frage, was haben wir beim Wiederaufbau in Afghanistan bisher erreicht? In ihrem Beitrag *„Ziviler Wiederaufbau in Afghanistan- eine erste positive Bilanz“* stellt die **Bundesministerin für wirtschaftliche Entwicklung Heidmarie Wiecek-Zeul** die Ergebnisse des zivilen Wiederaufbaus dar. Im Mittelpunkt stehen dabei die konkreten Projekte & Erfolge der afghanisch-deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Überlegungen, was künftig notwendig ist & ggf. verbessert werden kann.

Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)

Die **Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Ulrike Merten MdB** geht in ihrem Beitrag noch einmal auf die *Vorzüge der Wehrpflicht* ein, stellt die Alternativen hierzu vor, geht auf Fragen von Wehr- & Dienst-



gerechtigkeit ein, wie auf die rechtliche Situation. Dabei spart Merten die aktuellen Überlegungen zum freiwilligen Wehrdienst nicht aus: *„Unter Beibehaltung der Musterung wird die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals in einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr gesehen. Angestrebt wird zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.“*

In seinem Artikel setzt sich **Rainer Arnold MdB, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**, mit der in den letzten Wochen aufgeflamnten *„Kriegsdebatte“* auseinander. Er begründet in seinem Beitrag, warum *„Wir keinen Krieg in Afghanistan, sondern einen bewaffneten Konflikt gegen Terroristen, in einem Land, das sich nur ganz zaghaft von 40 Jahren Bürgerkrieg erholt“* haben.



Abschließend nimmt **Karsten D. Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit des Auswärtiges Amt**, Stellung zum Thema *„Aktuelle Entwicklung im transatlantischen Verhältnis - Was ändert sich mit Präsident Obama? Er arbeitet die Bedeutung der europäischen Partner und der Zukunft der NATO für die USA heraus und stellt neue Perspektiven der Transatlantischen Zusammenarbeit vor sowie die Chancen, die sich ergeben, um auf die Politik der USA Einfluss zu nehmen.“*

Mit herzlichen Grüßen

Hans – Joachim Schaprian

Inhalt

Vorwort	1
Topthema: Dr. Peter Struck	3
BM Heidemarie Wieszorck-Zeul MdB	6
Ulrike Merten MdB	9
Rainer Arnold MdB	13
Karsten Voigt	14
In eigener Sache	17
Termine	19

Der Arbeitskreis für Sicherheitspolitik und Bundeswehr in der NRW SPD im Internet
www.nrwspd.de

10 Jahre sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Von der Scheckbuchdiplomatie zu internationaler Verantwortung

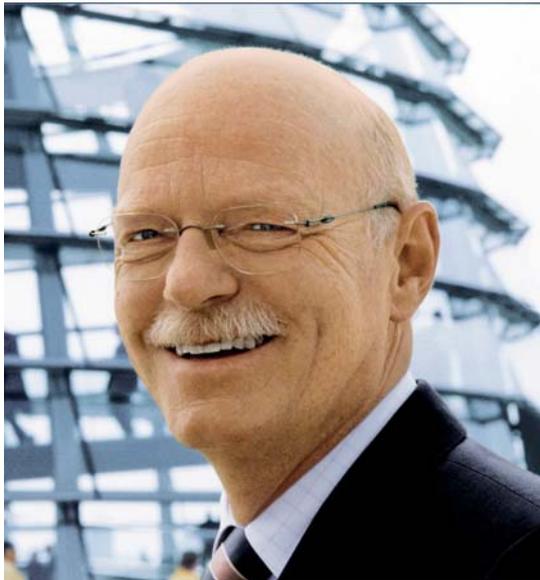


Foto: Peter Struck MdB

von Dr. Peter Struck MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vor wenigen Monaten hat sich die Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler zum zehnten Mal geöhrt, für viele Kommentatoren Anlass, Bilanz zu ziehen über zehn Jahre sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. An einem Thema kam keiner der zahlreichen Rückblicke vorbei: Die Entscheidung zum Kosovo-Einsatz der Bundeswehr, 1999 nach schwierigen innerparteilichen Diskussionen sowohl bei GRÜNEN als auch bei der SPD getroffen, war eine der ersten ernsthaften Prüfungen für die Regierungsfähigkeit der noch jungen Koalition.

Immerhin ging es um nicht weniger als den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr nach dem II. Weltkrieg. Es war schon eine bittere Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Grüne und Sozialdemokraten, die aus guten historischen Gründen allen Militäreinsätzen mit Skepsis begegnen, vor diese Entscheidung gestellt wurden. Am Ende fiel die Entscheidung mit großer Mehrheit, denn es ging darum, das Morden auf dem Balkan zu beenden und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Der Kosovo-Einsatz ist für manchen zur Chiffre geworden für den Wandel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik unter rot-grün. Nicht zu Unrecht – wenn man dieses Engagement nicht fälschlicherweise auf den Militäreinsatz reduziert.

Tatsächlich enthält unser bis heute andauerndes Engagement auf dem Balkan alle Elemente der unter sozialdemokratischer Führung vollzogenen Neuorientierung und Neujustierung Deutschlands in der internationalen Politik.

Konfliktmanagement vor der eigenen Haustür

Kosovo ist nicht die Chiffre für eine Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und die Abkehr von sozialdemokratischen Grundprinzipien der friedlichen Konfliktregulierung und der internationalen Zusammenarbeit auf Grundlage des Völkerrechts. Im Gegenteil: Das deutsche Engagement auf dem Balkan ist ein Beispiel für konkrete Politik im Sinne sozialdemokratischer Prinzipien – unter fundamental veränderten außen- und sicherheitspolitischen Vorzeichen. Auch in der Sicherheitspolitik gilt das Wort Willy Brandts, dass jede Zeit eigene Antworten braucht. Die rot-grüne Bundesregierung hat diese Antworten gegeben.

Das Ziel unseres Engagements auf dem Balkan war und ist, zur Stabilisierung der Lage beizutragen – im ureigenen Interesse. Denn die Destabilisierung einer ganzen Region in unserer direkten Nachbarschaft hatte unmittelbare Auswirkungen auf uns. Zehntausende Menschen sind vor dem Krieg zu uns geflohen, Begleitscheinungen des „failed state“ Jugoslawien, wie der sprunghafte Anstieg organisierter Kriminalität, haben unsere innere Sicherheit berührt.

Es ging zunächst vor allem darum, das Morden zu beenden und die Konfliktparteien zu trennen. Deshalb war der Einsatz von Militär unverzichtbar. Aber von Anfang an musste jedem klar sein: Ohne eine politische Lösung der komplizierten ethnischen und historisch gewachsenen Konflikte auf dem Balkan, ohne massive finanzielle und logistische Unterstützung bei der Bewältigung der Kriegsfolgen und ohne fortgesetzte Sicherheitspräsenz und den Aufbau staatlicher Strukturen in den neu entstandenen Entitäten würde dieser Konflikt über kurz oder lang wieder aufbrechen und Europa insgesamt zu destabilisieren drohen.

Aus heutiger Sicht klingt es wie eine Selbstverständlichkeit: Wer, wenn nicht Europa und damit auch Deutschland, wäre berufen gewesen einzugreifen?

Damals aber wäre die Balkankrise ohne amerikanische Unterstützung wohl kaum bewältigt worden. Denn besonders in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Staaten, war noch nicht angekommen, dass die Welt sich seit dem Fall der Mauer sicherheitspolitisch grundlegend verändert hatte und Verantwortung auch von Staaten gefragt war, die über viele Jahrzehnte eher Zaungäste der internationalen Politik gewesen waren.

Diese neue Verantwortung angenommen und Deutschland zurück auf die internationale Bühne geführt zu

haben, das ist der eigentliche Paradigmenwechsel, der unter rot-grün in der Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen wurde.

Neue Bedrohungen – neue Handlungsspielräume

In den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg war Deutschland eher Objekt im Spiel der großen Mächte als ein ernst genommener Akteur auf internationaler Bühne. Während der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs war es Deutschland vorübergehend gelungen, sich aus dem Schatten der beiden Großmächte zu lösen und außenpolitische Spielräume zu gewinnen – von den Amerikanern damals erwartungsgemäß mit Misstrauen verfolgt. Die Erfolge, gipfelnd in der Wiedervereinigung, sprachen für sich. Im Übrigen aber war zu Zeiten des Kalten Krieges deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor allem Scheckbuchdiplomatie.

Das blieb zunächst auch nach dem Fall der Mauer unter Helmut Kohl so. Kohl war nicht mehr in der Lage war, die veränderten Vorzeichen der internationalen Politik zu erkennen.

Worin genau bestanden diese Veränderungen?

Am Anfang, nach dem lange erhofften Ende des Ost-West-Konflikts standen hohe Erwartungen, Hoffnungen auf eine Friedensdividende. Diese Hoffnungen haben sich in vielen Teilen der Welt auch durchaus erfüllt. Europa zum Beispiel hat insgesamt erheblich an Sicherheit gewonnen. Die Teilung Europas ist überwunden, die Europäische Union hat sich erheblich erweitert, die Vereinigung West- und Osteuropas ist nahezu vollendet.

Dennoch haben sich die Hoffnungen auf Frieden und Stabilität nicht überall erfüllt. An die Stelle der alten Konflikte sind sehr schnell neue Bedrohungen getreten. Wir hatten und haben es jetzt zu tun mit regionalen Konflikten, wie eben auf dem Balkan, mit dem Ausbruch von ethnischen Auseinandersetzungen, die unter dem Druck der Ost-West-Konfrontation über Jahre und Jahrzehnte konserviert waren, aber auch mit neuen Bedrohungen, mit internationalem Terrorismus, Ressourcenkriegen und anderen neuen Konfliktursachen.

Die Phase nach 1990 war und ist bis heute aber auch verbunden mit einer erheblich gewachsenen Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft. Das Ende des Kalten Krieges hat neue Chancen für die Vereinten Nationen und andere überregionale Organisationen wie die OSZE eröffnet, die wie nie zuvor in ihrer Geschichte als Konfliktverhinderer, -schlichter und Nation-Builder gefragt sind. Weit mehr als fünfzig zivile Friedensmissionen sind gegenwärtig in aller Welt aktiv. Die UN-Missionen im Zeitraum von 1949 – 1989 lassen sich dagegen an zwei Händen abzählen.

Deutschland am Verhandlungstisch

Beide Entwicklungen – neue Bedrohungslagen und neue Handlungsspielräume für die Vereinten Nationen – konnten an der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands als wichtigstem Staat in der EU und einer der leistungsfähigen Exportnationen der Welt nicht vorbeigehen.

Es war ein langer und schwieriger Weg, Deutschland auf diese neue Verantwortung einzustellen und es ist ein Verdienst sozialdemokratischer Regierungspolitik der vergangenen 10 Jahre, das geschafft zu haben.

Wenn es um internationale Friedensmissionen geht, stehen zumeist die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Mittelpunkt. Das ist verständlich. Denn hier waren die Widerstände gegen eine Neuausrichtung am größten. Dass die Bundeswehr im Rahmen von UN-Einsätzen im Verbund mit den Partnern in NATO und EU auch außerhalb der Landesgrenzen eingesetzt wird, war ein gewöhnungsbedürftiger Gedanke für viele, auch für viele Sozialdemokraten.

Dennoch wäre es grundfalsch, unsere Rolle in der internationalen Krisenbewältigung auf Auslandseinsätze der Bundeswehr zu reduzieren. Weitgehend unbemerkt hat Deutschland sich eine führende Rolle erarbeitet, wenn es um die Rekrutierung von Personal für zivile Friedensmissionen geht. Deutschland stellt bei vielen zivilen Missionen einen erheblichen Anteil der Experten und das unter rot-grün aus der Taufe gehobene Zentrum für internationale Friedenseinsätze in Berlin ist weltweit anerkannt und für viele Staaten und Organisationen ein Vorbild für professionelle Anwerbung und Ausbildung von zivilen Friedenskräften.

Wie auch früher schon leistet Deutschland darüber hinaus schnelle humanitäre Hilfe, wenn es notwendig ist, unterstützt den Wiederaufbau in gescheiterten Staaten finanziell und leistet Hilfestellung zum Beispiel bei der Durchführung von Wahlen in Ländern, die auf dem Weg zurück zu innerer Stabilität sind. Wir setzen auch weiterhin unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik ein – aber nicht mehr als Lösegeld, um uns aus Verantwortung frei zu kaufen, sondern als sinnvolles Element einer Politik der Krisenprävention und -bewältigung.

Dies alles hat im Ergebnis dazu geführt, dass Deutschland bei diplomatischen Bemühungen der großen Mächte um Konfliktregulierung heute ein anerkannter und respektierter Akteur ist; nicht umsonst ist Deutschland zum Beispiel in den Verhandlungen zum Atomstreit mit dem Iran der einzige Staat, der neben den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates mit am Tisch sitzt.

Starke Schultern

Die Vereinten Nationen sind nur so stark, wie ihre Mitglieder es ermöglichen. Das ist eine schlichte Erkenntnis mit unter Umständen weitreichenden Konsequenzen. Wenn die Vereinten Nationen beschließen, Friedenstruppen zu entsenden, können sie dabei nicht auf eigene Soldaten zurückgreifen. Sie müssen ihre Mitglieder um Unterstützung bitten. Wer ein Interesse an einer starken UN hat, kann dem nicht ausweichen. Auch hier gilt, wie anderen Lebensbereichen, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern.

Es gehört deshalb zu Deutschlands gewachsener Verantwortung, die UN bei ihren Bemühungen um Frieden und Stabilität zu unterstützen. Wenn alle anderen Instrumente der Friedenssicherung und Konfliktregelung nicht greifen oder angewendet werden können, dann

muss die Bundesrepublik bereit sein, auch Soldatinnen und Soldaten für militärische Friedensmissionen bereitzustellen. In jedem Fall aber gilt: Der Einsatz von Militär ist immer nur Mittel zum Zweck. Die Bundeswehr kann den Ausbruch von Gewalt verhindern und im äußersten Fall gewalttätige Konflikte beenden. Ihre Aufgabe ist die Herstellung eines sicheren Umfelds. Das eigentliche Ziel aber heißt nachhaltige Stabilisierung und das ist vor allem und in erster Linie eine politische Aufgabe.

Runderneuerung der Bundeswehr

Nicht nur die politische Führung musste sich auf die neuen Herausforderungen und die veränderten internationalen Rahmenbedingungen einstellen. Auch die Bundeswehr musste sich von Grund auf erneuern. Die Strukturen der Bundeswehr hatten sich über mehr als drei Jahrzehnte entlang der Konfliktmuster des Kalten Krieges entwickelt.

Die Ausrichtung auf die veränderten außen- und sicherheitspolitischen Parameter und die damit verbundenen neuen Aufgaben der Bundeswehr musste zwangsläufig erhebliche Auswirkungen auf die Strukturen der Streitkräfte haben. Alles gehörte auf den Prüfstand.

Im Kern ging es und geht es darum, eine Bundeswehr zu schaffen, die kleiner, aber effektiver ist, deren Strukturen durch die Auslandseinsätze geprägt sind und deren Ausrüstungsplanung sich an den wahrscheinlichsten Aufgaben orientiert.

Diesen Prozess der Transformation der Bundeswehr haben wir unter sozialdemokratischer Führung auf allen Ebenen eingeleitet. Wir haben die Aufgaben der Bundeswehr neu gewichtet und ihr Fähigkeitsprofil neu definiert. Als „IBUK“ (Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt) habe ich mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien und der Weisung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr aus dem Jahr 2003 den Rahmen für die notwendigen Veränderungen abgesteckt.

Was folgte, war die grundlegendste Reform der Bundeswehr in ihrer Geschichte. Die Streitkräfte wurden von Grund auf neu geordnet. Es wurden neue Kräftekategorien eingeführt, die Personalumfänge werden schrittweise reduziert, altes Gerät wurde verschrottet, neues angeschafft, Standorte wurden zusammengelegt und neu organisiert, andere wurden geschlossen. Alles in allem eine Mammutaufgabe, die bis heute nicht abgeschlossen ist, die aber notwendig war. Die Bundeswehr steht heute als Armee im Einsatz bereit, wenn die Vereinten Nationen sie braucht, wenn der Bundestag sein Einverständnis gibt und unsere Partner mit im Boot sind.

Beharrlichkeit und Geduld

Bei Auslandseinsätzen ist die Bundeswehr in der Regel mit einem robusten UN-Mandat ausgestattet. Ihre Präsenz soll für Sicherheit sorgen und potentielle Gewalttäter und Unruhestifter abschrecken. Das bedeutet aber eben auch: Wenn die Abschreckung nicht wirkt, können sich diese Einsätze zu Kampfeinsätzen entwickeln, in denen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr getötet werden können und im äußersten Fall auch gezwungen sind, selbst Menschen zu töten.

Darüber muss sich jeder, der über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheidet, bewusst sein. Die Mitglieder des Bundestages, die über diese Einsätze letztlich befinden, tragen eine hohe Verantwortung. Es ist Teil dieser Verantwortung, den Soldatinnen und Soldaten die bestmöglichen Bedingungen für die Erfüllung ihres Auftrages zu gewähren. Zur sozialdemokratischen Regierungsbilanz im Bereich der Sicherheitspolitik gehört auch, hierfür gesorgt zu haben: mit einer den Gefahren angemessenen Besoldung, mit der schrittweisen Ausweitung von Versorgungsleistungen, mit verbesserter Ausrüstung und einigem mehr.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr riskieren bei diesen Einsätzen für die Sicherheit Deutschlands ihr Leben. Diese bittere Erfahrung müssen wir gegenwärtig beim Einsatz in Afghanistan machen. Die Bundeswehr wird in der Region Kunduz nicht mehr nur mit Sprengfallen und Raketen angegriffen, sondern inzwischen auch in direkte Feuergefechte verwickelt. Die Taliban, die sehr genau wissen, wann in Afghanistan und Deutschland Wahlen anstehen, versuchen, uns ihren Krieg gegen das afghanische Volk aufzuzwingen. Es gehört zum Auftrag der Bundeswehr dafür zu sorgen, dass die Taliban in der Nordregion Afghanistans nicht wieder die Oberhand gewinnen. In der Region um Kunduz befindet sich die Bundeswehr deshalb gegenwärtig im Kampfeinsatz gegen Terroristen und Aufständische. Da gibt es nichts zu beschönigen. In den übrigen Teilen der Nordregion, auch das gehört zur Wahrheit, ist es überwiegend ruhig. Der Wiederaufbau kommt voran, auch wenn die internationale Gemeinschaft hier noch mehr tun muss.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir unser Engagement jetzt nicht zurückfahren oder gar beenden dürfen. Wir müssen verhindern, dass Afghanistan wieder ein sicherer Hafen für internationale Terroristen wird, die unsere Sicherheit in Deutschland und Europa bedrohen.

Auf dem Balkan haben wir die Erfahrung gemacht, wie lange es dauert, Konfliktherde zu beruhigen und den Wiederaufbau zu organisieren. In Bosnien ist die Bundeswehr seit fast 15 Jahren, im Kosovo seit 10 Jahren. Aber wir sehen heute deutlich Licht am Ende des Tunnels. Unsere Präsenz in Bosnien konnten wir bis auf ein kleines Restkontingent schrittweise zurückfahren und auch im Kosovo wird jetzt über eine allmähliche Reduzierung der internationalen Truppen nachgedacht.

Die Beteiligung an den Einsätzen auf dem Balkan und auch in Afghanistan liegt in unserem eigenen Sicherheitsinteresse. Diese Einsätze lehren, dass man ohne Standfestigkeit, Beharrlichkeit und Geduld nicht zum Ziel kommt. Es gibt keine echte Alternative: Krisenherde, die unsere Sicherheit bedrohen, sich selbst zu überlassen, wäre fahrlässig und unverantwortlich – und es wäre ein Bruch mit sozialdemokratischen Grundsätzen. Die SPD steht seit jeher für internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Konflikten, für starke Vereinte Nationen und die Geltung und die Durchsetzung des internationalen Rechts. Heute haben wir mehr denn je die Chance und die Verantwortung, diese Prinzipien zu verwirklichen.

Afghanistan

Ziviler Wiederaufbau in Afghanistan - eine erste Bilanz



© Ute Rademacher

von Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieceorek-Zeul MdB

I. Afghanistan heute

Afghanistan zählt auch sieben Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes und dem Beginn des internationalen Einsatzes zugunsten des Wiederaufbaus zu den ärmsten Ländern der Welt. Knapp 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung leben in extremer Armut. Die instabile Sicherheitslage, Drogenwirtschaft und Korruption erschweren Fortschritte.

Die Überwindung staatlicher Instabilität und sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit stellt nach mehr als 20 Jahren Krieg eine komplexe und langfristige Aufgabe dar. Bei allen Schwierigkeiten zeigen sich erste Erfolge vor allem beim Aufbau des Staatswesens, in den Bereichen Bildung und Gesundheit sowie der weitgehend zerstörten Infrastruktur.

Über sechs Millionen Kinder gehen wieder zur Schule, davon fast zur Hälfte Frauen und Mädchen; rund 30.000 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten in 3.500 wieder aufgebauten Schulen. Dabei war die Bundesregierung von Beginn an ein wichtiger und verlässlicher Partner.

Die Bundesregierung unterstützt die afghanische Bevölkerung dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern sowie den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau fortzusetzen und abzusichern. Langfristiges Ziel des Aufbauprozesses soll eine staatliche Ordnung sein, welche die fundamentalen Voraussetzungen politischer Legitimität erfüllt. Ebenso zentral sind der wirtschaftliche und der soziale Wiederaufbau. Dabei kommt auch den afghanischen Partnern eine wichtige Rolle zu. Nur, wenn die afghanische Regierung zunehmend Eigenverantwortung übernimmt, kann Afghanistan langfristig stabilisiert werden.

II. Warum ein Engagement im zivilen Wiederaufbau?

Allein mit militärischen Mitteln kann eine nachhaltige Stabilisierung nicht gelingen. Ziviler Wiederaufbau, der die Lebenssituation der Bevölkerung im ganzen Land spürbar und nachhaltig verbessert, muss hinzukommen. Nur so können die Menschen neue Perspektiven gewinnen und nur so kann das Vertrauen in die neuen demokratischen Strukturen wachsen. Dafür setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik ein.

Das Engagement für den zivilen Wiederaufbau ist breit gefächert: Das BMZ und seine Durchführungsorganisationen beraten Afghanistan in den Schwerpunkten nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Grund- & Berufsbildung, Wasser und Energie landesweit. Zudem ist die Bundesregierung in den Bereichen Gute Regierungsführung, Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Demokratieförderung, Zivilgesellschaft, Friedensförderung und Konfliktbearbeitung tätig.

Das BMZ orientiert sich bei seiner Unterstützung an den Prioritäten der im April 2008 fertig gestellten und auf fünf Jahre angelegten Afghanischen Nationalen Entwicklungsstrategie (ANDS). Die konkreten Maßnahmen vereinbaren BMZ und afghanische Regierung in jährlichen Regierungsverhandlungen, zuletzt im März 2009 in Kabul.

III. Die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit konkret

Neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe konzentriert sich die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit seit 2002 auf die genannten Schwerpunkte nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, Wasser und Energie.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Einkommen und Arbeitsplätze bilden die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Die Menschen in Afghanistan brauchen Perspektiven und müssen den Wiederaufbau spüren, wenn sie an ihn glauben und ihn unterstützen sollen. Deshalb fördert das BMZ die Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen, konkret heißt das: Wir fördern Existenzgründungen, versuchen Wirtschaftskreisläufe anzukurbeln und stärken kleine und mittlere Unternehmen.

In diesem Bereich gibt es bereits beachtliche Erfolge. So wurden mit unserer Unterstützung verschiedene Institutionen eingerichtet, die für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wichtige Ansprechpartner darstellen:

- Zur Steigerung von Investitionen und Exporten hat Deutschland dabei geholfen, die Afghanische Investitionsförderagentur (AISA) aufzubauen. Diese Agentur unterstützt rund 12.000 Investoren, die ein Investitionsvolumen von rund 4 Mrd. Euro und die Schaffung von ca. 400.000 Arbeitsplätzen planen.
- Außerdem wurde in Kabul durch den Aufbau der Afghanischen Exportförderagentur (EPAA) ein effizientes Exportgenehmigungsverfahren eingeführt.
- Die afghanische Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkervereinigungen in Kabul und Kunduz wurden reformiert und gestärkt.
- Zum Aufbau des Kreditwesens für kleine und mittlere Unternehmen wurde eine Mikrofinanzbank mit 13 Filialen gegründet. Bisher gab es bereits Auszahlungen i. H. von 140 Mio. US-Dollar, womit ca. 280.000 Kleinunternehmen erreicht wurden.

Der Aufbau von Infrastruktur im Norden wie z.B. Straßen, landwirtschaftliche Wege, Brücken, Befestigung von Märkten, Erschließung von Bewässerungs- und Anbaugeländen, stärkt weiterhin die Wirtschaftskreisläufe in dieser Region.

Trinkwasserversorgung und Energie

Ein großer Erfolg ist der verbesserte Zugang zu Trinkwasser in fünf afghanischen Städten. Durch die deutsche Unterstützung wurde die Trinkwasserversorgung in Kabul, Herat und Kunduz und seit Ende 2008 auch in drei weiteren Städten im Norden (Faizabad, Imam Saheb, Balkh) instand gesetzt und erweitert. Durch die Rehabilitierung der Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi sind weitere 136.000 Nutzer an einem stabilen Energienetzwerk angeschlossen.

Insgesamt profitieren davon 800.000 Menschen. Auch der Zugang zu Energie gerade in ländlichen Regionen wurde verbessert: In Nordafghanistan erhalten ca. 35.000 Personen durch drei Kleinkraftwerke Strom. Weitere Kraftwerke sind bereits in der Planung. In Badakhshan, Takhar und Kabul wurden außerdem drei Informationszentren zur produktiven Nutzung erneuerbarer Energien errichtet.

Zudem berät das BMZ die afghanische Regierung bei einer neuen Wassergesetzgebung und bei der Strategieplanung zur Abwasserentsorgung sowie bei der Umsetzung einer dezentralen Energiepolitik.

Grund- und Berufsbildung

Bildung schafft Zukunft. Das BMZ baut deshalb Grundschulen und Lehrerausbildungszentren samt Referendariatsschulen. Damit wurden bereits ca. 250.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. In Nordafghanistan profitieren mittlerweile 3.500 Lehrerinnen und Lehrer davon. Ebenfalls mit deutscher Unterstützung konnte die Anzahl der Dozenten an den Ausbildungszentren von 420 (2007) auf 800 (2008) und die Anzahl der Absolventen von 4.000 (2005) auf 8.000 (2008) gesteigert werden.

Darüber hinaus bieten die deutschen Berater fachliche Unterstützung für die Arbeit in den Lehrerausbildungszentren und bei der Entwicklung von Curricula. Mit einem Beitrag von 10 Mio. Euro für das nationale Bildungsprogrammms EQUIP unterstützt das BMZ außerdem den Bau von landesweit rund 2.000 Schulen, kleinere Baumaßnahmen an weiteren 6.000 Schulen und die Fortbildung von rund 130.000 Lehrkräften.

Zudem erfolgt eine verstärkte Integration von Schulabgängern, Flüchtlingskindern und nicht eingeschulten Kindern vor allem im Südosten (ca. 7.5000 Kinder). Im Bereich der beruflichen Weiterbildung fördert das BMZ v. a. das berufliche Training für Frauen. Anfang 2009 startete ein neues Ausbildungsprogramm für Berufsschullehrer.

Stärkung der Eigenverantwortung und Handlungsfähigkeit des afghanischen Staats mit der Finanzierung nationaler Investitionsprogramme und Beiträge für Gehälter von Staatsbediensteten

Ein leistungsfähiger afghanischer Staat ist für den nachhaltigen Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes von zentraler Bedeutung. Deshalb leistet das BMZ mit inzwischen rd. 130 Mio. EUR seit 2002 einen wichtigen Beitrag zum von der Weltbank verwalteten Afghanistan Reconstruction Trust Funds (ARTF).

Von den jährlichen Beiträgen sieht das BMZ dabei eine feste Summe für das landesweite afghanische „National Solidarity Programme“ (NSP) vor, um in besonders fragilen und bedürftigen Regionen wie im Süden und Südosten des Landes Vorhaben zur Dorf- und Gemeindeentwicklung zu ermöglichen. Rund 44.000 Projekte konnten somit die Menschen erreichen. Mit dem übrigen Teil der Beträge finanziert Deutschland unter anderem Gehälter von Staatsbediensteten, insbesondere in sozialen Sektoren wie Gesundheit und Bildung und stärkt damit die Handlungsfähigkeit des afghanischen Staates.

Demokratieförderung und Good-Governance

Bei der Beratung der Institutionen und der Regierungsführung des Landes kommt es darauf an, die Verantwortlichkeit staatlichen Handelns zu stärken, die

Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)

Korruption zu bekämpfen und darauf hinzuwirken, dass sich der afghanische Staat zunehmend durch Eigeneinnahmen finanzieren kann.

Afghanistan belegt den 176. Rang von 180 Plätzen des Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International. Korruption hemmt Entwicklung und zerstört das dringend nötige Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen. Die Bundesregierung unterstützt deshalb die afghanische Regierung bei der Formulierung von Anti-Korruptionsstrategien und dem Aufbau entsprechender Ermittlungsbehörden. Vor allem seit im Herbst 2008 ein neuer Innenminister ernannt wurde, vermehren sich positive Zeichen einer stärkeren Handlungsfähigkeit bzw. –bereitschaft.

Zur Förderung von „Good Governance“ stellt ein 2009 neu eingerichteter „Offener Strukturpolitischer Beratungsfonds“ kurzfristig Expertise zur Verfügung und unterstützt so flexibel zentrale Reformvorhaben der afghanischen Regierung, unter anderem in den Bereichen Steuerpolitik, Rechnungslegung und Korruptionsbekämpfung.

Im Bereich der Demokratieförderung hilft Deutschland außerdem bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit (Rechtsberatung, Bewusstseinschaffung, Rechtsfortbildung für Polizisten und Staatsanwälte) und der Menschenrechte, insbesondere die Verbesserung der Lage von Frauen und Mädchen steht im Mittelpunkt. Insbesondere auf politischer Ebene, sorgt das BMZ dafür, dass auf Regierungsebene frauenrechtliche Interessen bei allen relevanten Strategieplanungen, Budgetentscheidungen und Gesetzentwürfen Gehör finden und rechtsverbindlich berücksichtigt werden.

Dazu werden Mitarbeiter insbesondere von Finanz-, Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Frauenangelegenheiten entsprechend geschult. Mit gezielter Aus- und Weiterbildung (z.B. Fertigung handwerklicher Produkte, Alphabetisierung, Management- und Existenzgründungskurse, Vergabe von Mikrokrediten und cash-for-work-Programmen) fördert das BMZ zudem aktiv Einkommensmöglichkeiten und Beschäftigungsförderung von Frauen, um zu gewährleisten, dass sie auch langfristig ein selbstbestimmtes und finanziell unabhängiges Leben führen können.

Die Rechte von Frauen und Mädchen sind nicht verhandelbar. Doch brauchen die Frauen in Afghanistan immer noch unsere Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte:

So konnte im Frühjahr dieses Jahres nach scharfen Protesten der internationalen Gemeinschaft und der Bundesregierung, insbesondere des BMZ, erfolgreich erwirkt werden, dass ein völkerrechtswidriger und Frauen verachtender Gesetzentwurf zum schiitischen Familienrecht nicht veröffentlicht wurde und unter Mitwirkung von Frauenrechtlerinnen, Nichtregierungsorganisationen und Parlamentarierinnen zu einem neuen Gesetzentwurf überarbeitet wird. Um zu gewährleisten, dass die mutigen Stimmen der Frauenrechtlerinnen nicht ungehört bleiben und Drohungen von radikalen Traditionalisten nicht zur Einschüchterung der Frauen führen, finanziert das BMZ Beiträge für Maßnahmen aus einem Nothilfefonds, die der persönlichen Sicherheit der Frauen dienen.

In Übereinstimmung mit dem Afghanistan-Konzept der Bundesregierung und der Afghanischen Nationalen Entwicklungsstrategie ist Drogenkontrolle Querschnittsthema der Entwicklungszusammenarbeit. Um den Drogenanbau einzudämmen, werden gezielt alternative Einkommensquellen geschaffen.

Im Norden und Osten des Landes reduzierten sich 2008 die Anbauflächen mit Schlafmohn deutlich. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ging die Anbaufläche im Norden seit 2006 um 95 Prozent zurück. Im Süden zeichnet sich derzeit noch keine Verbesserung der Lage ab. Dies zeigt das Wechselverhältnis zwischen Sicherheitssituation und Drogenwirtschaft.

IV. Herausforderungen

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem friedlichen und stabilen Afghanistan sind immens. Die Sicherheitslage muss verbessert werden, die afghanische Regierung und Verwaltung gestärkt und der Wiederaufbau weiter vorangetrieben werden. Es gilt nun die bestehenden Fortschritte beim Wiederaufbau Afghanistans weiter auszubauen und zu verstetigen.

Wehrpflicht

Seminar zur Sicherheitspolitik und die innere Lage der Bundeswehr – ein Rückblick



© Heracour

von *Ulrike Merten MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses*

Sehr geehrte Herren,

Die außen- & sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich nach der Überwindung der Spaltung Europas und durch die Wiedervereinigung grundlegend verbessert. Deutschland lebt in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn.

Doch das internationale Umfeld Deutschlands ist ungeachtet der positiven politischen Veränderungen der vergangenen Jahre nicht frei von Risiken, die unsere Sicherheit und Stabilität gefährden und bedrohen.

Die 2003 von der EU verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie identifiziert fünf Hauptbedrohungen und Herausforderungen für die europäische Sicherheit. Das sind:

- internationaler Terrorismus,
- die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- regionale Konflikte,
- staatliche Instabilität & Staatsversagen sowie
- organisierte Kriminalität.

Als unsere sicherheitspolitische Antwort darauf, haben Krisenprävention, friedliche Konfliktbeilegung, Friedenskonsolidierung und die Absicherung von staatlichem Wiederaufbau Priorität.

Unsere nationale Sicherheitspolitik dient dem Zweck, das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die staatliche Ordnung zu bewahren und die internatio-

nale, zum Erhalt des Friedens weltweit beizutragen. Ausgangspunkt für die heutige Sicherheitspolitik ist ein umfassender (vernetzter) Sicherheitsbegriff, der politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität einschließt. Er fußt auf der Achtung der Menschenrechte, auf sozialer Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Demokratie sowie auf der Bewahrung natürlicher Ressourcen und Entwicklungschancen in allen Weltregionen.

Dabei bleiben militärische Beiträge und Fähigkeiten zur Gestaltung eines sicheren Umfeldes noch immer unerlässlich und sind als ein Instrument zur Lösung der vielfältigen Krisen und Konflikte nach wie vor unverzichtbar.

Um dieses Ziel der militärischen Flankierung sicherzustellen, haben wir in den 90er Jahren begonnen, die Bundeswehr in großer Tiefe zu reformieren / zu verändern. Ein wesentliches Moment besteht in der Reduzierung der Streitkräfte, und hier insbesondere der Verringerung der Wehrpflichtigen auf 250.000 Soldaten; davon ca. 195.000 Zeit- und Berufssoldaten und ca. 55.000 Wehrpflichtige (davon wiederum ca. 25.000 FWDL).

Bundesregierung und Bundestag haben in ihrer Transformationsanalyse festgestellt: Der Schutz der Bevölkerung und lebenswichtiger Infrastruktur vor terroristischer und asymmetrischer Bedrohung, einschließlich der Befähigung zur Rekonstitution, sowie der Einsatz bei Naturkatastrophen erfordern auch weiterhin die Wehrpflicht.

Welche Argumente sprechen für die Wehrpflicht?

Die Wehrpflicht hatte und hat eine Fülle von Vorzügen, von denen ich einige, mir besonders wichtige, kurz ansprechen möchte.

Die Wehrpflicht bindet die Bürger in die Landesverteidigung ein und fördert die Identifikation mit dem Staat und seinen Streitkräften.

Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft und damit `bürgernahe Streitkräfte` sind zu einem Qualitätsmerkmal geworden, das als wichtiger gesellschaftspolitischer Erfolg für unser Land angesehen wird.

Die Wehrpflicht ist die entscheidende Rückversicherung, da sie mit der Wiederaufwuchsfähigkeit der Streitkräfte die Möglichkeit bietet, wenn notwendig flexibel auf eine wachsende Bedrohung mit der Einberufung von Alarmreservisten in größerem Umfang zu reagieren.

Die Wehrpflicht stellt durch den Zugriff auf Rekruten aus Bevölkerungskreisen, die sonst der Bundeswehr nicht zur Verfügung stünden, weitgehend sozial repräsentative und aufgeschlossene Streitkräfte sicher.

Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)

Dadurch kann das Leistungs- und Bildungspotential der Bevölkerung für die Streitkräfte umfassender genutzt werden.

Die Wehrpflicht erschwert die gesellschaftliche Isolation der Bundeswehr und ist für die Nachwuchsgewinnung von Zeit- und Berufssoldaten von entscheidender Bedeutung.

Eine Wehrpflichtarmee ist in der Regel nicht so teuer wie eine gleich große Berufsarmee.

Mehr als 9 Millionen deutscher Männer haben seit Bestehen der Bundeswehr den Grundwehrdienst und damit eine wichtigen Dienst für unser Gemeinwesen geleistet und so zu einer engen Verbundenheit von Bundeswehr und Bevölkerung beigetragen. Sie und damit auch Sie haben daran mitgewirkt, Akzeptanz und Vertrauen für die Aufgaben der Sicherheitspolitik und der Bundeswehr in der Gesellschaft zu erhalten, die soziale Verankerung der Soldaten in der Gesellschaft mitzuprägen und sich mit Ihrem persönlichen Einsatz für unser Land zu engagieren.

Vorzüge von Freiwilligen Streitkräften (Berufsarmee)

Doch ich will nicht verschweigen, dass es auch für Freiwilligen-Streitkräfte gute Argumente gibt, die heute an Bedeutung gewonnen haben.

So sind Freiwilligen-Streitkräfte besser ausgebildet, professioneller & somit schneller einsetzbar.

Sie können im Umfang kleiner sein, da der personelle & materielle Aufwand für die Ausbildung & Ausstattung von Wehrpflichtigen entfällt.

Von den heutigen Aufgaben der Bundeswehr im Auslandseinsatz ist der Wehrpflichtige (W9) ausgeschlossen. Nur Soldaten, die sich für einen längeren Zeitraum (ab 12 Monate) freiwillig gemeldet haben, können hierfür vorgesehen werden.

Wichtige NATO-Partner haben seit langem Freiwilligen-Streitkräfte, haben die Wehrpflicht ausgesetzt oder beabsichtigen dieses.

Dies sind gewichtige sachliche Gründe. Dennoch überwiegen für mich die Vorzüge der allgemeinen Wehrpflicht, weshalb ich an ihr festhalten möchte. Ich halte sie auch rechtlich weiterhin begründet.

Rechtliche Bewertung der Wehrpflicht

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schreibt keine bestimmte Wehrform vor. Artikel 87a GG bestimmt, dass der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt. In Artikel 12a Abs. 1 des Grundgesetzes ist festgeschrieben: „Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften [...] verpflichtet werden.“ Damit ist die Entscheidung zwischen Freiwilligen- & Wehrpflichtigenstreitkräften bzw. über deren Beibehaltung oder Abschaffung eine politische Entscheidung, die dem Gesetzgeber überlassen ist.

Im Februar 2002 stellte das Bundesverfassungsgericht, als es einen Vorlagebeschluss des Landgerichts Potsdam zur Verfassungsmäßigkeit der Allgemeinen

Wehrpflicht und der Strafbarkeit der Dienstflucht für unzulässig erklärte, fest: „Die gegenwärtige öffentliche Diskussion für und wider die Allgemeine Wehrpflicht zeigt sehr deutlich, dass eine komplexe politische Entscheidung in Rede steht.

Die Fragen beispielsweise nach Art und Umfang der militärischen Risikovorsorge, der demokratischen Kontrolle, der Rekrutierung qualifizierten Nachwuchses sowie nach den Kosten einer Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee sind solche der politischen Klugheit und ökonomischen Zweckmäßigkeit, die sich nicht auf eine verfassungsrechtliche Frage reduzieren lassen.

Wie das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil vom 13. April 1978 ausgeführt hat, ist die dem Gesetzgeber eröffnete Wahl zwischen einer Wehrpflicht & einer Freiwilligenarmee eine grundlegende staatspolitische Entscheidung, die auf wesentliche Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens einwirkt und bei der der Gesetzgeber neben verteidigungspolitischen Gesichtspunkten, auch allgemeinpolitische, wirtschafts- & gesellschaftspolitische Gründe von sehr verschiedenem Gewicht zu bewerten & gegeneinander abzuwägen hat (BverfGE 48, 127 <160f.>).

Darum obliegt es nach der gewaltenteilenden Verfassungsordnung des Grundgesetzes zunächst dem Gesetzgeber und den für das Verteidigungswesen zuständigen Organen des Bundes, diejenigen Maßnahmen zu beschließen, die zur Konkretisierung des Verfassungsgrundsatzes der militärischen Landesverteidigung erforderlich sind. Welche Regelungen und Anordnungen notwendig erscheinen, um gemäß der Verfassung und im Rahmen bestehender Bündnisverpflichtungen eine funktionstüchtige Verteidigung zu gewährleisten, haben diese Organe nach weitgehend politischen Erwägungen in eigener Verantwortung zu entscheiden.“

Auch weist das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss darauf hin, dass der Verfassungsgeber die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht nicht von weiteren Voraussetzungen, insbesondere nicht vom Vorliegen einer bestimmten sicherheitspolitischen Lage, abhängig gemacht hat.

Der Europäische Gerichtshof hat zudem am 11. März 2003 in einem Urteil bestätigt, dass die Wehrpflicht nur für Männer in Deutschland nicht gegen Gemeinschaftsrecht verstößt.

Zusammenfassend stelle ich fest:

Die Wehrpflicht ist auch unter geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen verfassungskonform.

Die Frage Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee ist also politisch zu entscheiden.

Die sicherheitspolitische Lage ist dabei nicht das alleinige Kriterium.

Wehr- und Dienstgerechtigkeit

Für die Akzeptanz des Wehrdienstes hat die Wehrgerechtigkeit große Bedeutung.

Wehrgerechtigkeit ist gegeben, wenn möglichst alle Wehrpflichtigen, die nicht aus gesundheitlichen, gesetzlichen oder administrativen Gründen vom Wehrdienst

Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)

oder einem gleichgestellten Dienst befreit sind, zum Dienst herangezogen werden.

Da aber auch aufgrund des geringeren Bedarfs weniger junge Männer zum Wehr- oder Zivildienst einberufen werden, sehe auch ich es als schwierig an, weiter von allgemeiner Wehrpflicht zu sprechen.

Bei der Dienstgerechtigkeit werden zusätzlich all die jungen Männer mitbetrachtet, die als nicht-wehrdienstfähig gemustert sind oder die wegen gesetzlicher Wehrdienstausnahmen (z.B. Verheiratete, Theologiestudenten, 3. Söhne) vom Wehrdienst und vergleichbarem Dienst befreit sind.

Der Kreis, der keinen Dienst für die Gesellschaft leistet, wurde dadurch weiter vergrößert, dass die Bundesregierung entschieden hat, ab dem 1. Juli 2003 grundsätzlich keine mit dem Tauglichkeitsgrad 3 gemusterten Männer und keine Verheirateten mehr einzuberufen und das Einberufungsalter auf grundsätzlich 23 Jahre (bei Zurückstellung 25) zu begrenzen. Damit leisten nunmehr über 50% eines Jahrganges aufgrund gesetzlicher und administrativer Regelungen keinen Dienst mehr für die Gesellschaft. Durch diese inzwischen große Gruppe junger Männer, die nicht die Belastung eines Dienstes für die Gesellschaft mitzutragen hat, ist eine Dienstgerechtigkeit bei uns nicht mehr gegeben. Diese fehlende Dienstgerechtigkeit wird von den Dienstleistenden und der Bevölkerung zunehmend kritisiert.

Die Bundeswehr hat nur noch 55.000 Wehrpflichtige, davon ca. 25.000 FWDL, ausgeplant. Da in der Regel nur so viele junge Menschen den Zivildienst leisten müssen, wie Wehrpflichtige zum Wehrdienst einberufen werden, leisten gegenwärtig ca. 100.000 junge Menschen einen Pflichtdienst für die Gesellschaft.

Aussetzen der Wehrpflicht in Friedenszeiten

Vor dem Hintergrund des veränderten Aufgabenprofils und der verringerten Präsenzstärke der Streitkräfte haben die kleineren Parteien in unserem Land vorgeschlagen, die Allgemeine Wehrpflicht in Friedenszeiten auszusetzen und bei Bedarf in Krise und Krieg wieder zu aktivieren.

Doch die Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet nach meiner Bewertung faktisch das Ende der Wehrpflicht. Ein auf Grund einer sicherheitspolitischen Lageveränderung erforderliches Wiederaufleben der Wehrpflicht hätte erhebliche innenpolitische Herausforderungen zur Folge und wäre nur mit großem organisatorischen und finanziellen Aufwand zu bewältigen.

Ein Wiederaufleben der Wehrpflicht als Folge einer politischen Gefährdung hätte meines Erachtens eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung. Es könnte als Mobilmachung verstanden werden und so in einer Krise eher verschärfend als deeskalierend wirken.

Allgemeine Dienstpflicht

Als Alternative zur Allgemeinen Wehrpflicht wird seit Jahren die Einführung der Allgemeinen Dienstpflicht unter Einschluss der Frauen diskutiert. Im Rahmen der Allgemeinen Dienstpflicht würde der Wehrdienst zu einer gleichberechtigten Wahlmöglichkeit neben

anderen gesellschaftlichen Diensten im Sozialwesen, im Umweltschutz, im Katastrophenschutz oder in der Entwicklungshilfe.

Befürworter führen aus, dass schon heute eine weiter zunehmende Zahl rechtlich anerkannter Dienste bestünde. Der Wehrdienst würde dabei nur noch von einer Minderheit erfahren. Da Sicherheit – glücklicherweise – immer weniger ausschließlich militärisch bestimmt wird und im Gegenzug wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse durch jene alternativen Dienste abgedeckt werden, würde dies eine allgemeine Dienstverpflichtung rechtfertigen.

Auch würde ein Gesellschaftsdienst dem kollektiven Individualismus und dem Egoismus in der Gesellschaft entgegenwirken und die Dienstgerechtigkeit steigern. Dabei würde auch die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer entfallen, da es eine freie Wahl unter den Gemeinschaftsdiensten gibt.

Im Rahmen einer solchen Reform müsste der Wehrdienst als eine Alternative im Rahmen der Allgemeinen Dienstpflicht allerdings attraktiver ausgestaltet werden, damit sich ausreichend viele junge Menschen für den Dienst in den Streitkräften entscheiden. Denn der Bedarf der Streitkräfte müsste dann ohne die Verfassungsnorm der Wehrpflicht gedeckt werden.

Die Gegner eines solchen Gemeinschaftsdienstes argumentieren mit dem fehlenden Konsens für eine erforderliche Grundgesetzänderung, sehen insbesondere die Frauen schon heute durch Kindererziehung und Altenpflege besonders belastet, fürchten negative Auswirkungen für die Wirtschaft, da ganze Jahrgänge durch den Gemeinschaftsdienst gebunden wären, bezweifeln, so eine ausreichende Anzahl junger Menschen für den Wehrdienst zu gewinnen und führen an, dass keine europäische Nation einen solchen Dienst im Frieden eingerichtet hat.

Die Kommission für die weitere Entwicklung von Freiwilligendiensten und Zivildienst in Deutschland unter der Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker hielt die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht anstelle der Wehrpflicht durch Verfassungsänderung grundsätzlich für den falschen Weg und für völkerrechtswidrig.

Nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages könnte die allgemeine Dienstpflicht nur nach einer Änderung des Grundgesetzes eingeführt werden. Damit würde die Bundesrepublik aber gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (IpbürgR) verstoßen.

Wehrpflicht weiterentwickeln

Ich bin sicher, Sie werden in diesem Podium auch die Frage stellen, wie sind die Vorstellungen der SPD zur Wehrpflicht.

Ich persönlich bin ein Befürworter der Wehrpflicht in der heutigen Form.

Doch wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren überlegt: gibt es neben dem Erhalt der Wehrpflicht jetziger Prägung und dem Aussetzen der Wehrpflicht einen dritten Weg? In der Tat sieht die SPD eine Möglichkeit, die Wehrpflicht weiterzuentwickeln.

Unter Beibehaltung der Musterung wird die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals in einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr gesehen. Angestrebt wird, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.

Über die Anwendung eines solchen Modells hinsichtlich seiner Praktikabilität & notwendiger Anreize zur Attraktivitätssteigerung, welches übrigens in den nordischen Staaten erfolgreich angewandt wird, besteht noch großer Diskussionsbedarf.

Fazit

In unserer Gesellschaft besteht ein breiter Konsens darüber, dass auch in Zukunft leistungsfähige Streitkräfte als ein Instrument der Vorsorge vor sicherheitspolitischen Risiken erforderlich sind. Streitig wird in der Öffentlichkeit die Diskussion über das hierfür am besten geeignete und zeitgemäße Wehrsystem geführt.

Es gibt gute Gründe für die Beibehaltung des heutigen Wehrsystems mit Wehrpflichtigen und Reservisten, mit Zeit- und Berufssoldaten. Es existieren aber auch gute Gründe, auf die Wehrpflicht zu verzichten. Beide Optionen erfüllen die an die Streitkräfte der Zukunft zu stellenden Anforderungen, stehen in Übereinstimmung mit unserer Verfassung und sind bündniskonform.

Wenn auch derzeit die Wehrgerechtigkeit weitestgehend noch gegeben ist, so darf nicht übersehen werden, dass die Wehr- und Dienstgerechtigkeit weiter abnimmt. Mit der Einführung von Freiwilligen-Streitkräften wäre dieses Problem gelöst. Für die jungen Männer würde der Zwangsdienst entfallen. Dieses wird von den Befürwortern als entscheidender Vorteil von Freiwilligen-Streitkräften angesehen. Als weiterer Vorteil wird die hohe Professionalität und schnelle Einsatzbereitschaft bewertet.

Unsere Bundeswehr ist demokratisch gefestigt, die Prinzipien der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform bestimmen das Profil der Streitkräfte. Deshalb wird die Gefahr, dass eine Berufsarmee sich von der Gesellschaft entfernen könnte, als gering angesehen. Doch unbestreitbar ist, dass durch die Wehrpflicht eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz für die Aufgaben der Bundeswehr erreicht wird. Die Wehrpflicht ermöglicht eine den sicherheitspolitischen Erfordernissen entsprechend flexible Einberufung, hat große Vorteile bei der Nachwuchsgewinnung und ist bei Beibehaltung der Stärke der Streitkräfte kostengünstiger.

Es sind keine neuen sicherheitspolitischen Tatsachen bekannt geworden, die noch weitere Reduzierungen der Bundeswehr oder der Verteidigungsaufwendungen rechtfertigen würden. Deshalb ist die Beibehaltung einer solide begründeten Wehrpflicht die beste Vorsorge für die Unwägbarkeiten im internationalen sicherheitspolitischen Umfeld.

Wenn aufgrund günstiger internationaler Entwicklungen eine Freiwilligenarmee angemessen sein sollte bzw. dieses als Ergebnis eines gesellschaftspolitischen begründeten Entscheidungsprozesses entschieden wird, kann die Wehrpflicht aufgegeben werden. Doch uns muss bewusst sein: Die Aussetzung der Wehrpflicht wird als unumkehrbar bewertet.

Die Einführung der Allgemeinen Dienstpflicht ist sehr unwahrscheinlich, weil keine Mehrheit für die hierfür erforderliche Grundgesetzänderung in unserem Lande erkennbar ist und dieses zudem wegen des Verstoßes gegen die völkerrechtliche Verpflichtung aus der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als völkerrechtswidrig beurteilt wird.

Ein großer Teil der Bevölkerung sowie die Mehrzahl der Verbände bejahen nach wie vor den Wehrdienst. Die großen Volksparteien treten ebenfalls dafür ein. Während sich die anderen Parteien dagegen wenden. Das BMVg spricht sich insbesondere wegen der gesellschaftspolitischen Bedeutung für die Beibehaltung des Wehrdienstes aus und hält eine Stärke von 250.000 Soldatinnen und Soldaten zur Aufgabenerfüllung für zwingend. Überlegungen, die Wehrpflicht kurzfristig aufzugeben, bedeuten einen Mehrbedarf an Zeitsoldaten mit dann höheren Personalaufwendungen.

Wesentlich bleibt, dass die jungen Wehrpflichtigen ihren Dienst als wichtig, fordernd und sinnvoll erleben und dass sie das Gefühl haben, die Gesellschaft erkennt den Dienst an. Als Erfolg unserer parlamentarischen Arbeit bewerte ich deshalb, dass wir die Erhöhung des Wehrsoldes um 2 Euro durchsetzen konnten und dass wir erhebliche Mittel für die Modernisierung der Kasernen in unsere Haushaltspläne aufgenommen haben.

Gerade zu dem Thema, wie wir den Dienst für Sie als Wehrpflichtige attraktiver gestalten können, erwarte ich in der Diskussion mit Ihnen interessante Vorschläge und Anregungen.

Eines habe ich noch gar nicht angesprochen: Mit der Aufgabe des Wehrdienstes steht auch immer das Ende des Zivildienstes und der anderen Ersatzdienste, mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Sozialsysteme, zur Disposition. Doch zur Sicherstellung der Dienstleistungen, die heute durch Zivildienstleistende wahrgenommen werden, hat die Kommission Impulse für die Zivilgesellschaft in ihrem 2004 vorgelegten Bericht die Möglichkeit eines mittelfristigen Strukturwandels von Pflicht- hin zu Freiwilligendiensten positiv bewertet.

In Abwägung der Vor- und Nachteile von Streitkräften mit und ohne eine Wehrpflichtkomponente wird aus verteidigungspolischer Sicht ein Wehrsystem bevorzugt, welches sich weiterhin auf die Wehrpflicht abstützt. Doch bei den anstehenden Entscheidungen steht neben den sicherheitspolitischen Bewertungen eine gesellschaftspolitische Beurteilung an, bei der u. a. die Auswirkungen der abnehmenden Wehrgerechtigkeit, die Realisierung von Freiwilligendiensten und die Aufgabe eines Pflichtdienstes auf die Gesellschaft mit zu betrachten sind. Hier ist die Politik gefordert, möglichst bald und im Konsens mit den großen gesellschaftlichen Gruppen eine Entscheidung zur Zukunft der Wehrverfassung zu treffen.

Es ist aber nicht aus zuschließen, dass auch die Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht wegen der abnehmenden Wehrgerechtigkeit und damit wegen eines Verstoßes gegen das Gleichheitsprinzips, wie schon bei anderen strittigen gesellschaftspolitischen Fragen auch, durch das Verfassungsgericht entschieden wird.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich nun auf Ihre Fragen und einen spannende Diskussion.

Rede anlässlich des Wehrpflichtigenparlaments 2009, GWDL / FWDL-Tagung unter dem Motto: „Für einen gerechten, sinnvollen & attraktiven Wehrdienst!“ in Berlin vom 16.06.2009

KRIEG

Begriff des Krieges beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Offener Brief



von **MdB Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**, an **Andreas Theysen**, Ressortchef Politik der *Financial Times Deutschland*

Sehr geehrter Herr Theysen,

In Ihrem Artikel vom 6. Juli behaupten Sie, die Bundeswehr befinde sich in Afghanistan „im Krieg“. Das „Geschwimmel“ der Bundesregierung beleidige die deutschen Soldaten, die dort im Einsatz sind.

Unsere Soldaten, die in Kunduz ihren gefährvollen Dienst tun, befinden sich in einer permanenten Stresssituation, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Wir muten den Männern & Frauen gerade im Moment eine Menge zu. Aber würde der Stress denn weniger werden, wenn die Politik unter dem derzeitigen öffentlichen Druck erklären würde, wir wären in Afghanistan im Krieg? Würden die Soldaten dann beruhigter ihre Patrouillen durchführen und sich sicherer fühlen?

Ich fürchte nein. Für die Medien ist die Sache relativ einfach. Sie brauchen Schlagzeilen, und, Aufreger. Und gibt es keinen Aufreger, so wird er erzeugt. So ein The-

ma ist auch die derzeitige „Kriegsdebatte“. Erst waren es die „gefallenen“ deutschen Soldaten, jetzt führen wir eben Krieg in Afghanistan. Das Dramatisieren einer Situation ist aber ebenso schlimm wie ihre Verharmlosung und hilft uns bei der mangelnden Akzeptanz der Deutschen gegenüber den Auslandseinsätzen der Bundeswehr gar nichts. Hier hilft nur, immer wieder zu erklären, warum wir das tun.

Natürlich fühlen sich Soldaten, die gerade beschossen worden sind, in einer kriegsähnlichen Situation. Aber der Soldat, der im 100-km-entfernten Masar-e Sharif seinen Dienst in der Poststelle tut, ist davon nicht berührt. Teilweise finden in ein und derselben Stadt Gefechte und Wiederaufbau gleichzeitig statt. Die Lage in Afghanistan ist viel zu vielschichtig, um sie unter einen Nenner zu bringen. Dies zu erklären ist keine einfache Aufgabe für die Politik.

Auch der Deutsche Bundeswehrverband und andere befeuern aus unterschiedlichen Motiven heraus die Debatte, weil sie – zu Recht - mehr Respekt gegenüber den Leistungen der Soldaten einfordern. Damit spielen sie unbewusst denen in die Hände, die sich mehr Heroismus & Patriotismus in unserer Gesellschaft wünschen. Nichts gegen eine patriotische Grundeinstellung – aber mit überzogenem Heroismus und Patriotismus haben Viele keine guten Erfahrungen gemacht.

Und „Die Linke“ ist ganz vorne mit dabei, wenn es gilt, Ängste zu schüren. Das sie damit das Spiel der Taliban mitspielen, die genau wissen, wo unsere wunden Punkte liegen, nimmt sie in Kauf. Die Furcht vor dem Kriege ist eine der stärksten Ängste bei uns Deutschen, die wir mittelbar oder unmittelbar, noch an den traumatischen Folgen zweier Weltkriege leiden. Diese Erfahrungen haben unsere Gesellschaft und Kultur geprägt wie sonst nichts. Das hat sich auch in einer begrifflichen Vorsicht gegenüber Bezeichnungen & Symbolen niedergeschlagen, die sich erst ganz allmählich verändern, wie die Debatte um die gerade verliehene Tapferkeitsmedaille zeigt.

Doch der Begriff des „Krieges“ ist viel zu gewichtig, als das man in derartiger Weise für ihn Werbung machen sollte. „Krieg“ und „Frieden“, das sind doch keine

semantischen Spitzfindigkeiten, sondern Fragen, wie wir unser Leben in einer Demokratie, die sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert sieht, gestalten.

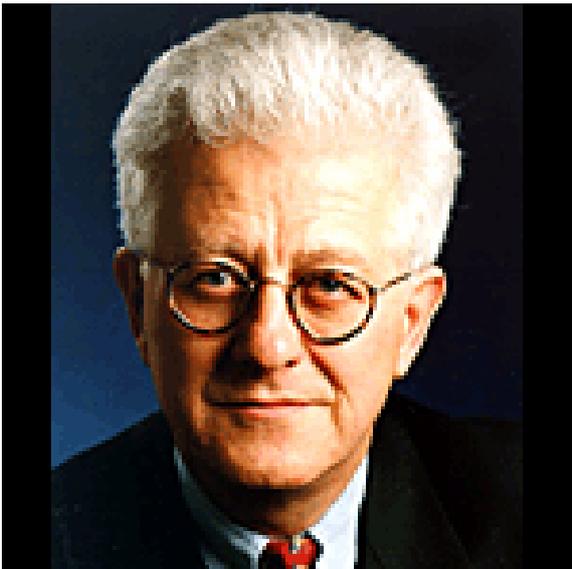
Ich wehre mich dagegen, eine Debatte aufgezwungen zu bekommen, die ich in keiner Weise richtig finde. Wir führen keinen Krieg in Afghanistan, sondern einen bewaffneten Konflikt gegen Terroristen in einem Land, das sich nur ganz zaghaft von vierzig Jahren Bürgerkrieg erholt; in einem Land, in dem Vierjährige wissen, was eine Kalaschnikov ist, aber kaum eine Schule von Innen gesehen haben. Wir haben in Deutschland dafür

weder den Spannungs- noch den Verteidigungsfall ausgerufen. Es werden auch keine Reservisten eingezogen und der Verteidigungsminister ist noch immer Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt. Es gelten die Bestimmungen des Versorgungsänderungsgesetzes, wenn Soldaten verletzt oder getötet werden. Es gelten Einsatzregeln, die in keinsten Weise mit Kriegsregeln zu vergleichen sind. Dies alles wäre in einem Krieg anders.

(07.07.2009)

USA

Aktuelle Entwicklungen im transatlantischen Verhältnis – Was ändert sich mit Präsident Obama?



© Körber-Stiftung

von Karsten Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt

Seit dem 20. Januar diesen Jahres haben die Vereinigten Staaten mit Barack Obama einen neuen Präsidenten, der die vorherige amerikanische Politik bereits in vielen Bereichen auf den Kopf gestellt und auch einen neuen Schwung in die transatlantischen Beziehungen gebracht hat. Über 60 Prozent der Amerikaner sind mit der Amtsführung Präsident Obamas einverstanden. Ein ebenso hoher Prozentsatz der US-Bürger ist mit seiner bisherigen Außenpolitik zufrieden. Auch in Europa, und besonders in Deutschland, ist die Zustimmung zu Obama anhaltend hoch.

Seit Ende der 90er Jahre kennt das Internationale Völkerrecht keine Kriege mehr, es gibt nur noch „Bewaffnete Konflikte“. Auch im Grundgesetz fehlt der Begriff, da finden wir nur den Spannungs- oder Verteidigungsfall. Die Welt hat nun mal mit anderen, neuen Herausforderung zu kämpfen, die neue Begrifflichkeiten brauchen. Unsere Gesetze sind für diese Krisen- und Konfliktsituationen gemacht, ob sie nun „asymmetrische Bedrohungen“ heißen oder anders.

Meiner Meinung nach muss man mit dem Wort ‚Krieg‘ sehr, sehr vorsichtig umgehen. Seitdem der ehemalige US-Präsident George W. Bush seinen „War on Terror“ begann, ist die Gesellschaft in den USA eine andere geworden. Es kam zu einer Verrohung der Umgangsformen gegenüber Minderheiten, Bürgerrechte wurden außer Kraft gesetzt und die Menschen in permanenter Furcht vor einem neuen Terroranschlag gesetzt. So eine Entwicklung möchte ich hier nicht sehen. Der Streit und die Auseinandersetzung bei uns über den richtigen Weg ist ein hohes Gut, das sich zu bewahren lohnt.

Die Mehrheit der Deutschen befürwortet nicht nur seinen Politikstil, sondern auch seine Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik und seine Korrekturen in der Menschenrechtspraxis der USA, wie sie in der beabsichtigten Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo und im strikten Folterverbot zum Ausdruck kommen. Dies ist eine Chance, die transatlantischen Beziehungen, die in den letzten Jahren unter der Unbeliebtheit des früheren Präsidenten in Europa litten, auf eine neue Grundlage zu stellen.

Die USA und Europa: ein asymmetrisches Verhältnis im Wandel

Die europäischen Partner bleiben für die USA in mehrfacher Weise wichtig: Die EU ist wirtschafts- und vor allem handelspolitisch eine wahre Weltmacht und

den USA ebenbürtig. In diesem Bereich hat Europa seine Kräfte gebündelt. Es hat einen einheitlichen Markt gebildet, eine gemeinsame Währung geschaffen und sich erfolgreich Märkte in der ganzen Welt erschlossen. Die USA und die EU sind die am engsten verflochtenen und produktivsten Wirtschaftsräume weltweit. Miteinander wickeln sie rund 40% des weltweiten Handels ab und sind für einander jeweils die mit Abstand wichtigste Quelle für Direktinvestitionen. Innerhalb der EU nehmen die USA insbesondere Deutschland als Führungsnation und politisches Schwergewicht wahr.

Anders als im wirtschaftlichen Bereich steckt die europäische Einigung in der Außen- und Sicherheitspolitik noch in den Kinderschuhen. Hier ist das Verhältnis zwischen der Weltmacht USA und der noch nach ihrer Rolle suchenden EU strukturell asymmetrisch. Der Vertrag von Lissabon soll diese Situation verbessern, wird jedoch nur ein erster Schritt sein. Während die USA anerkennen, dass die EU ein Garant für Frieden und Stabilität zwischen ihren Mitgliedstaaten ist, würden sie sich wünschen, dass die EU nun auch zu einem wirkungsvollen Akteur in der internationalen Sicherheitspolitik wird und die USA stärker als bisher dabei unterstützt, regionale Konflikte am Rande und außerhalb Europas zu befrieden. Frühere Bedenken der USA gegenüber einer allzu eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik sind dem Bewusstsein gewichen, dass auch ein so mächtiges Land wie die USA auf starke Partner angewiesen ist.

Eine ganze Reihe von EU-Staaten, so auch Deutschland, beteiligt sich am internationalen Kampf gegen den Terrorismus und an der ISAF-Schutztruppe für Afghanistan. Laut Umfragen lehnen zwei Drittel der Deutschen eine stärkere militärische Verantwortung Deutschlands in der Welt ab. Die internationalen Konflikte und damit auch die Bedrohung unserer Sicherheit und unseres Wohlstandes bleiben jedoch erhalten. Es hilft nichts, davor den Kopf in den Sand zu stecken.

Deutschland und die anderen europäischen Staaten sollten es als Chance begreifen, dass sich die neue US-Administration ein starkes Europa wünscht. Außenministerin Clinton sagte vor ihrem Amtsantritt: „In den meisten globalen Fragen haben die USA keine engeren Verbündeten als die Europäer“. Dies klingt für uns schmeichelhaft, gibt aber auch der Erwartungshaltung der neuen amerikanischen Administration an die EU und an Deutschland Ausdruck. Nur wenn die EU ihre inneren Schwächen und ihre Selbstlähmung in der Außen- und Sicherheitspolitik überwindet, wird sie für die USA relevant bleiben und ihre Interessen und Lösungsstrategien in Washington zu Gehör bringen. Wäre sie dazu nicht in der Lage, würde dies nur dazu führen, dass unilaterale Reflexe in der amerikanischen Politik wieder die Oberhand gewinnen.

Die Zukunft der NATO: Verteidigungsbündnis oder Sicherheitsdienstleister?

Im Verhältnis Europas zu den USA spielt nicht nur die EU, sondern auch die Nordatlantische Allianz weiterhin eine zentrale, wenn auch etwas geringere Rolle als zur Zeit des Kalten Krieges. Zu den regionalen Sicherheitsfunktionen des Bündnisses kamen nach der Auflösung

der Sowjetunion in wachsendem Maße globale Funktionen hinzu. Heute entspringen die wichtigsten Herausforderungen für die USA und Europa nicht mehr der Konfrontation mit einem Block ideologisch und militärisch gegnerischer Staaten, sondern globalen Problemen wie z. B. der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder regionalen Konflikten außerhalb des NATO-Raums, etwa im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien, Afrika und im Kaukasus. So ist die NATO heute weit außerhalb Europas in Afghanistan im Einsatz.

Die europäisch-amerikanischen Beziehungen werden asymmetrisch bleiben. Für die Europäer sind die USA in fast allen Bereichen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik relevant. Umgekehrt besitzt Europa seit dem Ende des Kalten Krieges für die USA heute zwar immer noch eine hohe, aber zunehmend selektive Relevanz, und zwar dort, wo die Europäer im Rahmen der ESVP oder als NATO-Partner zur Lösung von internationalen Herausforderungen beitragen. Die USA würden sich – schon zur eigenen Entlastung – ein möglichst umfassendes Engagement Europas in der Welt wünschen.

Europa wird auch in Zukunft nicht immer „ja“ sagen können oder wollen, wenn die USA es wünschen. Europa sollte die Gestaltung der internationalen Ordnung aber auch nicht allein den USA und den aufsteigenden Mächten in anderen Erdteilen überlassen. Auch Europa hat ein Interesse an stabilen und möglichst demokratischen Verhältnissen in der Welt.

Es ist zu begrüßen, dass Präsident Obama wieder eine engere Kooperation mit Russland in Aussicht gestellt hat und bei seinem Besuch in Prag eine neue Abrüstungsinitiative mit Russland ankündigte. Auch wenn es nötig bleibt, Russland für autoritäre Tendenzen und Menschenrechtsverletzungen in seiner Innenpolitik und in mehreren Fällen für sein Verhalten gegenüber seinen Nachbarn zu kritisieren, ist es wichtig mit Russland zusammenzuarbeiten, wo immer dies möglich ist.

Ohne die Unterstützung Russlands ist es zum Beispiel kaum denkbar, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen gestoppt werden kann und dass Europa seine Energieversorgung sichern wird. Zur Zusammenarbeit mit Russland gibt es also keine vernünftige Alternative.

Neue Perspektiven der Transatlantischen Zusammenarbeit

Die strukturellen Unterschiede zwischen der Weltmacht USA und einer europäischen Regionalmacht wie Deutschland werden mit Präsident Obama nicht verschwinden. Zweifellos verhilft seine überragende Popularität in ganz Europa der transatlantischen Partnerschaft aber zu neuem Schwung und neuen Möglichkeiten. Der Wandel in der Stimmung und im öffentlichen Image ist aber nur die eine Seite. Wichtiger ist, dass der neue Präsident bereits in seinen ersten vier Monaten im Amt eine ganze Fülle substantieller Korrekturen in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik durchgesetzt hat, die Amerika näher an kontinentaleuropäische Vorstellungen herangerückt haben.

Beispielsweise hat Obama die großen Wachstums- und Beschäftigungschancen einer modernen „Green Eco-

nomy“ mit klimafreundlichen Technologien und nachhaltiger Energiegewinnung erkannt. Europa kann Amerika auf diesen Feldern seine positiven Erfahrungen vermitteln.

Ähnlich wie die deutsche und andere europäische Regierungen sieht Obama die Förderung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen und den Schutz der Umwelt nicht als Gegensätze, sondern als miteinander zum gegenseitigen Nutzen vereinbare und gleichgewichtige Ziele an. Nach seinem Willen soll Amerika seine Emissionen deutlich reduzieren und ein Cap-and-Trade-System einführen. Der Kongress berät zur Zeit über entsprechende Gesetzentwürfe. In die Entwicklung alternativer Energien will Obama Milliardensummen investieren. Außerdem stellt Obama eine aktive und konstruktive Rolle der USA bei den Verhandlungen um ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll in Aussicht. Es gibt in Kongress und Gesellschaft jedoch nach wie vor Widerstände gegen diese Politik.

In der Reaktion auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich Obama offener als frühere amerikanische Regierungen zu verstärkter Transparenz der Finanzwirtschaft und zur Weiterentwicklung des globalen Finanzsystems geäußert. Vor kurzem stellten der Präsident und Finanzminister Geithner Eckpunkte für eine Finanzmarktreform vor. Sie beinhalten z. B. höhere Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute, eine verbesserte Aufsicht über Banken und Private Equity Gesellschaften sowie eine Regulierung von so genannten Finanzderivaten.

In den USA wie in Europa hat sich die Finanzkrise negativ auf die Realwirtschaft ausgewirkt. Beide Partner kämpfen mit Konjunkturrückgang und steigender Arbeitslosenzahl. Keiner kann die Tiefe und Dauer der Krise voraussehen. Es wird nun darauf ankommen, dass die USA und Europa ihre Maßnahmen aufeinander abstimmen und die Situation nicht mit protektionistischen und populistischen Maßnahmen verschlimmern.

Auch in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik hat Präsident Obama neue Initiativen gestartet. Damit stößt er in Deutschland und anderen europäischen Staaten auf viel Zustimmung. In den letzten Jahren ist das Vertrauen zwischen den USA und Russland erodiert, was zu einem Stillstand der beiderseitigen Abrüstungsbemühungen geführt und dabei auch das Nichtverbreitungsregime geschwächt hat.

Barack Obama will nun eine weitere Reduzierung der strategischen Nuklearwaffenarsenale im Wege eines Nachfolgeabkommens zum so genannten START-Vertrag mit Russland aushandeln. In seiner Prager Rede vom 5. April dieses Jahres schloss er sich sogar dem von Kissinger, Schultz, Nunn und Perry vorgeschlagenen Fernziel einer Welt ohne Atomwaffen an.

Auch in ihren Strategien zur Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen nähern sich die USA und Europa einander weiter an. Ganz oben auf der transatlantischen Agenda bleibt die Stabilisierung Afghanistans und Pakistans. Ende März 2009 verkündete Präsident Obama eine neue Strategie für die Region. Diese beinhaltet eine Aufstockung der Kampftruppen um weitere 17.000 Soldaten und eine Entsendung von 4.000 Ausbildern für die afghanischen Sicherheitskräfte.

Zugleich wird aber auch ein größerer Schwerpunkt auf den zivilen Wiederaufbau des Landes und auf regionale Lösungen unter Einbeziehung aller Nachbarstaaten gelegt. Die neuen Denkansätze in der amerikanischen Regionalpolitik ähneln europäischen Konzepten. Vor allem die neue Afghanistanpolitik fordert den Verbündeten aber auch weitere Beiträge ab. Dabei geht es nicht nur um Truppen, sondern vor allem auch um verstärkte Beiträge zu wirtschaftlichem Wiederaufbau, landwirtschaftlicher Entwicklung, um Bildungschancen für junge Afghanen sowie Ausbildung für die afghanische Polizei und Armee etc.

Schwierigen Staaten wie Iran und Syrien hat Obama direkte Gespräche angeboten, um Verhandlungsspielräume auszuloten. Er flankiert diese Politik durch einen demonstrativen Neubeginn in den Beziehungen der USA zur muslimischen Welt. Anfang Juni hielt er dazu in Kairo eine wegweisende Rede. Der Ausgang der Gespräche mit Teheran und Damaskus wird freilich von der Reaktion der dortigen Regierungen abhängen. Im Iran ist die weitere Entwicklung nach den Demonstrationen im Gefolge der Wahlen offen. Sollten sich mittelfristig keine Erfolge einstellen, wird Obama unter Druck geraten, seinen Kurs zu ändern.

Den Konflikten im Nahen Osten im hat sich Obama sofort nach Amtsantritt gewidmet. Auch wenn es zur Zeit wenig Anlass zu Hoffnung gibt, müssen sich Europa und die USA künftig noch stärker für die Suche nach einer Lösung einsetzen, die die Sicherheit Israels garantiert und den Palästinensern die Perspektive zu einem eigenen Staat und friedlicher Entwicklung ermöglicht.

Fazit

Die globalen Herausforderungen, die auf die transatlantischen Partner zukommen, lassen sich ohne eine enge Kooperation nicht bewältigen. Nicht nur Europa, sondern auch ein so mächtiges Land wie die USA benötigt Partner, um Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zu finden. Dies haben die letzten Jahre gezeigt. Während die USA im Irak und in Afghanistan an Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen sind, hat Deutschland seinen - freilich wesentlich enger gezogenen - Handlungsrahmen seit der Wiedervereinigung schrittweise ausgedehnt. In Deutschland und der EU finden die USA bewährte Verbündete, deren Interessen und Werte denen der USA am ehesten entsprechen. Die neue US-Administration ist zur engen Kooperation mit den europäischen Partnern und auch zur Abstimmung mit Russland über die Lösung internationaler Probleme bereit. Die Europäer sollten sie beim Wort nehmen und ihre engagierte Mitgestaltung auf allen relevanten Feldern der internationalen Politik anbieten. Für Deutschland, das in Fragen des Klimaschutzes, der Abrüstung, des Verhältnisses zu Russland und der Politik gegenüber Iran aus Washingtoner Sicht eine besonders wichtige Rolle spielt, ergeben sich besondere Chancen, auf die Politik der USA Einfluss zu nehmen.

Karsten D. Voigt ist seit 1999 Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Berlin. Dieser Artikel gibt seine persönliche Meinung wieder.

In eigener Sache

Bevölkerungsschutz & Katastrophenhilfe – Ein Besuch beim BBK

Im Beisein der Bundestagsabgeordneten **Ulrike Merten, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses**, informierte sich der Arbeitskreis im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).



Der **Präsident, Christoph Unger**, informierte über die gesetzlichen Grundlagen des Amtes und die Entwicklung der Aufgaben über die letzten Jahrzehnte. Er stellte anschließend insbesondere die Aufgaben der Risikoanalysen und ihre frühzeitige Abschätzung für die Bedeutung von Folgemaßnahmen heraus, ging anschließend auf die Ausbildungstätigkeit des Amtes für verschiedene Bereiche ein und stellt fest, dass diese Ausbildungstätigkeit zunehmend angenommen wird.

Als Beispiel für die Umsetzung dieser Ausbildungstätigkeit stellt eher die länderübergreifende Krisen Übung (LÜKEX) heraus, die in gewisser Hinsicht die gute Tradition der Übungen zur zivil militärischen Zusammenarbeit in der heutigen Realität fortführt.

Er betonte in seinem Vortrag insbesondere, dass eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge zunehmend einen ganzheitlichen Ansatz erfordert.

Ein Besuch im Lagezentrum und eine eingehende Diskussion aufgetretenen Fragen runden diesen gelungenen informativen Besuch ab.

Kurzbericht: Gemeinsame Vorstandstagung des Arbeitskreises Sicherheitspolitik und Bundeswehr der SPD NRW und des Landesverbandes West im DBwV

Schon seit vielen Jahren treffen sich regelmäßig Mitglieder des Vorstandes unseres Arbeitskreises Sicherheitspolitik mit Mitgliedern des Landesverbandes West im DBwV. Zuletzt am 21.04.09 wurden in der Bundesgeschäftsstelle des DBwV in Bonn zu folgenden Themen Gedanken ausgetauscht:

- Die Herausforderung der **Nachwuchsgewinnung** in den Jahren 2010 bis 2015
- Mitarbeiterbindung als Beitrag zur Nachwuchsgewinnung

Der sich seit Anfang der 90er Jahre vollziehende Geburtenrückgang wird sich ab 2010 deutlich auf das Bewerberaufkommen für einen Dienst in den Streitkräften niederschlagen. Deshalb sind schon heute erhebliche Anstrengungen und neue Konzepte erforderlich, um auch in Zukunft ausreichend qualifizierten Nachwuchs für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen bzw. zu halten.

Die Bundeswehr muss attraktiv bleiben für junge Menschen, die sie für einen Dienst in den Streitkräften begeistern möchte. Sie muss aber auch attraktiv für die besten Zeitsoldaten sein, damit sich die Qualifizierten langfristig als Berufssoldaten binden. Sie muss aber auch so attraktiv bleiben, dass sie auch alle Spezialisten halten kann, sei es als Berufssoldat oder als ziviler Mitarbeiter, da gerade die auch außerhalb der Bundeswehr gute Chancen haben.

Die Attraktivität für den Dienst in den Streitkräften wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt. Sie reichen von einer guten Betreuung der Soldaten und ihrer Familien, über eine gute Ausbildung, ein gutes Betriebsklima sowie eine moderne und bedarfsgerechte Ausrüstung, bis hin zu einer zukunfts-

Newsletter – Ausgabe 03 / 2009 (2. Jahrgang)



orientierten Ausstattung & Unterbringung in den Kasernen und einer angemessenen Bezahlung. Auch der gesellschaftlichen Anerkennung des Dienstes in der Bundeswehr fällt eine sehr große Bedeutung zu.

Handlungsbedarf besteht u. a. in folgenden Punkten:

- *den Beförderungsstau bei den Feldwebern weiter auflösen.*
- *Einführung der betriebliche Altersversorgung*

- *Um Spezialisten langfristig zu binden, sollte man Anreize durch Zulagen schaffen.*
- *Ausbau der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst*
- *Teilzeitbeschäftigungen und Elternteilzeit*
- *Bau von Pendlerappartements*
- *Politik & Gesellschaft sind aufgefordert, Notwendigkeit und Zielsetzung der Einsätze in Afghanistan noch besser zu erklären.*

Einvernehmen bestand auch in der Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes, um die Attraktivität der Bundeswehr nachhaltig & langfristig zu steigern. In diesem Konzept sind Wege aufzuzeigen, wie die drängenden Probleme, z. B. auch im Sanitätsbereich strukturell verändert werden können.

Bundeswehrverband und Arbeitskreis kommen überein, die bilateralen Gespräche beider Organisation regelmäßig zu aktuellen Themen fortzuführen.

Termine

Nordrhein-Westfalen

27.08.2009

- **Peter Struck MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Verteidigungsminister a. D.** zu Gast bei Ulrike Merten MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Wahlkreisabgeordnete Rhein-Sieg II und beim Arbeitskreis Sicherheitspolitik & Bundeswehr der NRW SPD
in Rheinbach (Glasfachschule). Zeit 18.00 - 20.00 Uhr
Im Anschluss an dem Vortrag lädt der **Arbeitskreis** noch zu einem kleinen Imbiss ein.
Anmeldungen bitte im Bürgerbüro Ulrike Merten in Rheinbach Tel.: 02226 / 90 76 53 oder beim SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRWSPD), Tel: 0211-13622 331, Fax: 0211-13622 5 331, E-Mail: Dennis.Buchner@spd.de

28.10.2009

Friedrich-Ebert-Stiftung

- 17:30 Uhr sicherheitspolitisches Forum NRW
- Termin und Referenten werden zeitgerecht bekannt gegeben

21.11 .2009

Informationsveranstaltung des **AK Sicherheitspolitik und Bundeswehr NRW** in Köln

- Programm wird zeitgerecht bekannt gegeben

01.02.2010-05.02.2010

- sicherheitspolitisches Seminar beim **Zentrum Innere Führung** in Koblenz
Anmeldungen bitte bei: SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRWSPD), Tel: 0211-13622 331, Fax: 0211-13622 5 331, E-Mail: Dennis.Buchner@spd.de